

# DER AMBITION CALL

Der Ambition Call gibt Handlungsempfehlungen für sofortige Klimaschutzmaßnahmen, anknüpfend an die Bitte des UN-Generalsekretärs an die Staaten:

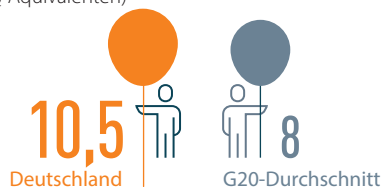
- konkrete, realistische Pläne vorzulegen, die mit dem letzten IPCC-Sonderbericht zu 1,5°-Grad-Erwärmung übereinstimmen,
- ihre nationalen Klimaziele (NDCs) bis 2020 zu erhöhen und
- die Treibhausgasemissionen innerhalb des nächsten Jahrzehnts um 45% zu senken und bis 2050 Klimaneutralität zu erreichen.<sup>1</sup>

Auf dem G20-Gipfel 2019 in Osaka haben sich die G20-Staaten (mit Ausnahme der USA) zur uneingeschränkten Umsetzung des Pariser Klimaabkommens bekannt.<sup>2</sup> Viele Staaten haben auch schon ihre Bereitschaft angekündigt, ihre Klimaziele zu erhöhen und Klimaneutralität bis 2050 anzustreben.

## DEUTSCHLAND



TREIBHAUSGASEMISSIONEN (INKL.  
FORSTWIRTSCHAFT) PRO KOPF  
(in CO<sub>2</sub>-Äquivalenten)



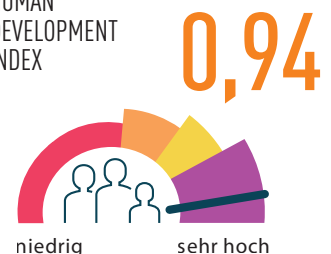
Daten aus 2015 | Quelle: PRIMAP 2018

BIP PRO KOPF  
(PPP US\$  
const 2015,  
international)



Quelle: Weltbank 2017

HUMAN  
DEVELOPMENT  
INDEX



Daten aus 2017 | Quelle: UNDP 2018

## HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

### #1

Verabschiedung eines  
Klimaschutzgesetzes mit einem  
ambitionierteren 2030-Klimaziel  
als -55%, Kohleausstieg bis  
spätestens 2030 und weiteren  
Maßnahmen.

### #2

Einführung eines CO<sub>2</sub>-Preises  
von mindestens 50€ in den  
Sektoren Verkehr und Wärme  
mit Rückverteilung an die  
Haushalte.

### #3

Integration von  
klimabezogenen Risiken in  
die Offenlegungspflicht für  
Finanz- und Realwirtschaft bis  
spätestens Dezember 2020.



Climate Transparency ist eine globale Partnerschaft mit der gemeinsamen Mission, durch mehr Transparenz ambitioniertere Klimaschutzmaßnahmen in den G20-Staaten anzustoßen und Investitionen in klimafreundliche Technologien zu verlagern. Climate Transparency wird durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU), die Internationale Klimaschutzinitiative, die ClimateWorks Foundation und die Weltbank unterstützt.

<https://www.climate-transparency.org/>



Seit 1991 engagiert sich Germanwatch unter dem Motto „Hinsehen. Analysieren. Einmischen.“ für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen. Dabei konzentriert sich Germanwatch auf die Politik und Wirtschaft des Nordens mit ihren weltweiten Auswirkungen.

<https://www.germanwatch.org>

# Verabschiedung eines Klimaschutzgesetzes mit einem ambitionierteren 2030-Klimaziel als -55%, Kohleausstieg bis spätestens 2030 und weiteren Maßnahmen

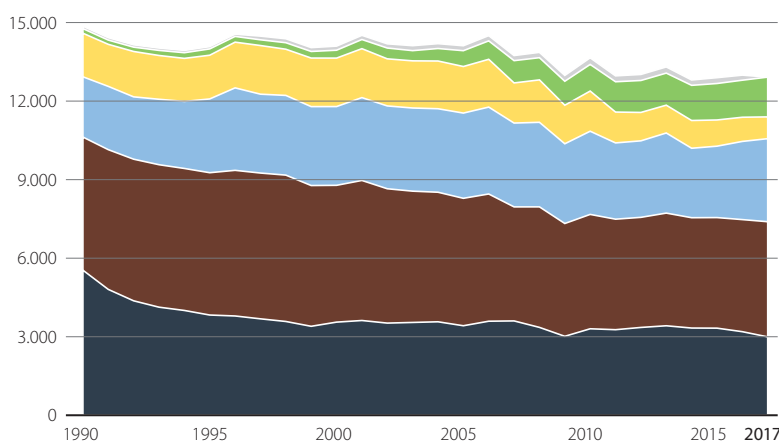
#1

Da die deutsche Klimapolitik auf Bundesebene oft nur auf unverbindlichen Kabinettsbeschlüssen beruht, ist das Risiko hoch, dass die Klimaziele verfehlt werden. Ein Klimaschutzgesetz würde diese Ziele gesetzlich verankern und einen institutionellen und prozeduralen Handlungsrahmen schaffen, um die Umsetzung der Ziele sicherzustellen. Dies würde die Planungssicherheit für alle Akteur\*innen erhöhen und klimafreundliche Investitionen fördern. Zusammen mit dem Klimaschutzgesetz sollten weitere sofortige Maßnahmen verabschiedet werden, um Deutschlands Bereitschaft zu ambitionierter Klimapolitik zu unterstreichen und um die Lücke zwischen Klimazielen und den derzeitigen Emissionstrends zu schließen.



## ENERGIEMIX

Primärenergieverbrauch (PJ)



Quelle: Enerdata 2018

## Was bedeutet das?

Ein deutsches Klimaschutzgesetz sollte das unspezifische und nicht mit dem Pariser Klimaschutzabkommen kompatible 2050 Klimaziel (-80 – 95%) auf „mindestens -95%“ konkretisieren, das 2030 Ziel („mindestens -55%“) festschreiben und eine Revisionsklausel für eine Zielerhöhung beinhalten. Für die effektive Umsetzung sollten regelmäßig Maßnahmenprogramme vorgelegt und von einem wissenschaftlichen Beirat begutachtet werden.

Ein begleitendes Maßnahmenpaket zum 2030 Klimaziel sollte wirksame Instrumente beinhalten, um die Emissionen im Auto- und Flugverkehr signifikant zu senken und die Sanierungsrate im Gebäudesektor zu erhöhen. Auch Maßnahmen zur Erreichung von Klimaneutralität in der Schwerindustrie und Landwirtschaft sind nötig.

## Zusatznutzen für Entwicklung



### ZIEL 3

Durch den geringeren Kohleverbrauch und den Wechsel zu erneuerbaren Energien werden Luftverschmutzung und damit verbundene Krankheiten (z.B. Atemwegsprobleme) verringert.



### ZIEL 8

Die Entwicklung der Industrie im Bereich erneuerbare Energien und deren Lieferketten unterstützt die Vollbeschäftigung, indem sichere und menschenwürdige Arbeitsplätze geschaffen werden.



### ZIEL 9

Die Entwicklung und Integration von neuen sauberen Technologien fördert die nachhaltige Industrialisierung und den Infrastrukturausbau.



### ZIEL 11

Wenn erneuerbare Energien Kohlekraftwerke ersetzen, werden Treibhausgasemissionen und Luftschadstoffe aus der Stromproduktion gesenkt und so die Umweltbelastung durch Städte verringert.



### ZIEL 15

Erneuerbare Energien reduzieren Luft- und Wasserverschmutzung sowie Wasserverbrauch und mindern so die Verschlechterung natürlicher Lebensräume, vor allem, wenn sie umweltschädlichere Alternativen wie Kohlekraftwerke ersetzen.

## Bewährte Beispiele aus anderen Ländern

Das **britische** Klimaschutzgesetz ist ein Paradebeispiel für ein stabiles Klimapolitiksystem mit einer klaren, langfristigen Vision und Zielen, die regelmäßig auf der Basis von Vorschlägen eines wissenschaftlichen Beirats aktualisiert werden.



Bis 2024 werden acht von **Chiles** ältesten Kohlekraftwerke vom Netz genommen – dies entspricht 20% der aktuellen Kohlestromkapazität (Kohle hat derzeit einen Anteil von 40% im Strommix). Die restlichen 20 Kohlekraftwerke werden bis 2040 außer Betrieb gesetzt.

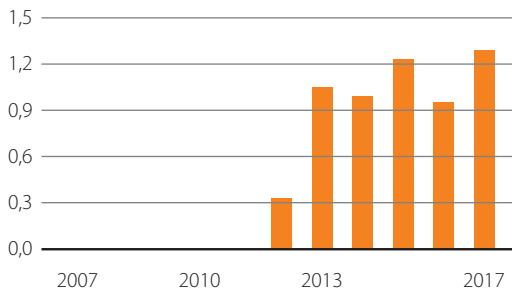


# Einführung eines CO<sub>2</sub>-Preises von mindestens 50€ in den Sektoren Verkehr und Wärme mit Rückverteilung an die Haushalte

#2

Der derzeitige Preis für CO<sub>2</sub>-Emissionen spiegelt nicht die tatsächlichen sozialen und ökologischen Kosten wider. Dadurch wird ein verzerrtes Preissignal gesendet, welches zu einem höheren Verbrauch fossiler Energieträger und höheren CO<sub>2</sub>-Emissionen führt, als mit einer 1,5-Grad-kompatiblen Entwicklung vereinbar ist. Die aktuellen Maßnahmen reichen dabei nicht aus, um diesem Missstand entgegenzutreten: Denn das heutige System eines Europäischen Emissionshandels mit hohen CO<sub>2</sub>-Zertifikate-Überschüssen einerseits und nicht zielgerichteten nationalen Umlagen, Abgaben und Steuern andererseits führt nur zu schwachen Anreizen für klimafreundliche Investitionen. Deutschland sollte die Preise für CO<sub>2</sub>-Emissionen erhöhen und gleichzeitig die Haushalte entlasten. So kann Deutschland seine Emissionen senken, die Entwicklung von CO<sub>2</sub>-armen Technologien fördern und den Übergang zu einem sozialverträglichen und gerechten Klimaschutz ermöglichen.

## EINNAHMEN DURCH CO<sub>2</sub>-BEPREISUNG

Einnahmen durch CO<sub>2</sub>-Bepreisung (US\$ Milliarden)

Daten erst ab 2012 verfügbar.

Quelle: IACE 2018



## Was bedeutet das?

Um Planungssicherheit für alle Akteur\*innen sowie Sozialverträglichkeit der CO<sub>2</sub>-Bepreisung zu gewährleisten, sollte Deutschland zunächst einen CO<sub>2</sub>-Preis von 50€/Tonne in den Sektoren Verkehr und Wärme einführen. Der Preis sollte schrittweise entlang eines langfristig festgelegten Pfads erhöht werden. Der Großteil der Einnahmen sollte an die Haushalte rückverteilt werden, um sie für die steigenden Kosten zu entschädigen und sicherzustellen,

dass einkommensschwache Haushalte nicht belastet werden. Daneben braucht es Begleitmaßnahmen zur Entlastung von besonders betroffenen Verbrauchergruppen (z.B. Pendler\*innen und Mieter\*innen). Zudem sollte Deutschland im Rahmen einer Vorreiterallianz von EU-Staaten einen CO<sub>2</sub>-Mindestpreis im Stromsektor auf den Weg bringen.

## Zusatznutzen für Entwicklung



### ZIEL 3

Eine CO<sub>2</sub>-Bepreisung kann den Übergang zur Elektromobilität fördern, Luftverschmutzung verringern und durch geringere Lärmbelastung psychische Gesundheit und Wohlbefinden verbessern.



### ZIEL 7

Eine CO<sub>2</sub>-Bepreisung kann zu mehr Energieeffizienz führen und Energieverluste verringern. Dies würde die Energiesicherheit erhöhen, da die Abhängigkeit vom internationalen Handel reduziert wird.



### ZIEL 8

CO<sub>2</sub>-Bepreisung kann die Ressourceneffizienz erhöhen sowie Wachstum und Umweltschäden entkoppeln. Der Übergang zu einer CO<sub>2</sub>-armen Wirtschaft fördert den Technologie- und Infrastrukturausbau und wirtschaftliche Diversifizierung.



### ZIEL 11

CO<sub>2</sub>-Bepreisung kann den Übergang zur Elektromobilität fördern und damit den universalen Zugang zu sicherer, nachhaltiger Mobilität. Auch die Luftverschmutzung in Städten würde erheblich reduziert.



### ZIEL 12

Eine CO<sub>2</sub>-Bepreisung erhöht das Bewusstsein für die derzeitige Nutzung fossiler Brennstoffe und kann so Luftverschmutzung verringern und Ressourceneffizienz erhöhen (z.B. kohlenstoffarme Mobilität und höhere Effizienzstandards für Geräte).

## Bewährte Beispiele aus anderen Ländern

**Schweden** hat 1991 eine CO<sub>2</sub>-Steuer eingeführt, die seitdem graduell angestiegen ist. Der derzeitige CO<sub>2</sub>-Preis in Schweden ist mit 114€/tCO<sub>2</sub>e der höchste weltweit.



Die **Schweiz** hat 2008 eine CO<sub>2</sub>-Abgabe eingeführt, welche momentan bei ca. 86€/tCO<sub>2</sub> liegt. Ein Teil der Einnahmen wird zu gleichen Teilen an alle Bürger zurückverteilt.



## Integration von klimabezogenen Risiken in die Offenlegungspflicht für Finanz- und Realwirtschaft bis spätestens Dezember 2020

#3

Artikel 2.1(c) des Pariser Klimaschutzabkommen fordert, dass alle Vertragsstaaten ihre Finanzströme an die Ziele des Abkommens anpassen. Dringend müssen Lösungen für die Erfüllung dieser Verpflichtung entwickelt werden. Zum Beispiel sollte die Offenlegung von Klimarisiken so bald wie möglich verpflichtend gemacht werden. Im Einklang mit

den existierenden Offenlegungspflichten sollten alle Marktakteur\*innen anhand von Szenarioanalysen berichten, wie sie sich an steigende, effektive CO<sub>2</sub>-Preise anpassen und planen, mittel- und langfristigen Klimaschutzziele zu erreichen.

### ANSÄTZE ZUR UMSETZUNG DER EMPFEHLUNGEN DER TASK FORCE ON CLIMATE-RELATED FINANCIAL DISCLOSURE (TCFD)

Dieser Indikator bestimmt den Grad der Auseinandersetzung der Regierung mit den Empfehlungen der Task Force on Climate-Related Financial Disclosure des G20 Financial Stability Boards.

Keine formelle Auseinandersetzung mit der TCFD	Politische und regulatorische Auseinandersetzung	Formelles Engagement mit dem Privatsektor	Publikation von Leitlinien und Maßnahmenplänen	Verankerung im Gesetz
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Quelle: CISL 2018

Die Deutsche Bundesbank hat die Empfehlungen der Task Force on Climate-Related Financial Disclosure (TCFD) unterstützt und ist ein Gründungsmitglied des Central Banks and Supervisors Network for Greening the Financial System (NGFS). Deutschland hat eine nachhaltige Finanzwirtschaft zu einer Priorität der deutschen G20 Präsidentschaft 2017 erklärt.

## Was bedeutet das?

Freiwillige Ansätze haben bisher nicht zu ausreichenden transformativen Veränderungen der Märkte geführt. Daher ist es unwahrscheinlich, dass eine umfassende Offenlegung der entsprechenden Risiken aller wichtigen Marktakteur\*innen auf freiwilliger Basis erreicht werden kann. Alle großen Unternehmen und Finanzinstitutionen müssen ihre klimabezogenen Risiken offenlegen und die Chancen einer nachhaltigen, 1,5°-Grad-

kompatiblen Entwicklung darstellen. Nur so werden aussagekräftige und schlüssige Informationen verfügbar sein, um nachhaltige Investitionen und Wettbewerbsgleichheit voranzutreiben.



## Zusatznutzen für Entwicklung



### ZIEL 4

Erhöhte Transparenz über klimabezogene Finanzrisiken kann Klimaschutzmaßnahmen unterstützen sowie zu mehr Kompetenzen und Fachwissen über nachhaltige Entwicklung führen.



### ZIEL 8

Erhöhte Transparenz über klimabezogene Finanzrisiken kann die Entwicklung und Nutzung von CO<sub>2</sub>-armen Technologien fördern.



### ZIEL 9

Erhöhte Transparenz über klimabezogene Finanzrisiken könnte zukunftsfähigen kleinen und mittelständischen Unternehmen den Zugang zu Krediten erleichtern.



### ZIEL 12

Erhöhte Transparenz über klimabezogene Finanzrisiken kann mehr Klimaschutzmaßnahmen sowie Nachhaltigkeit anregen und Informationen zu diesen Themen in der Bevölkerung verbreiten.

## Bewährte Beispiele aus anderen Ländern

Die **französische** Regierung verabschiedete 2015 ein Gesetz, das börsennotierte Unternehmen, institutionelle Investoren und Vermögensverwalter zur Offenlegung ihrer klimabezogenen Risiken verpflichtet.



Die **niederländische** Zentralbank veröffentlichte 2019 eine Analyse zu Klimarisiken im Finanzsektor und Managementrichtlinien. Wasserbelastung, Verlust der Biodiversität und Ressourcenknappheit wurden als Hauptrisiken identifiziert.



# DER AMBITION CALL

---

## QUELLEN (FÜR DEUTSCHLAND)

- 1 **United Nations (2019)**. Information Note on the 2019 Climate Action Summit of the Secretary-General. Retrieved from [https://www.un.org/en/climatechange/assets/pdf/Information\\_Note\\_Climate%20Summit\\_20Mar2019.pdf](https://www.un.org/en/climatechange/assets/pdf/Information_Note_Climate%20Summit_20Mar2019.pdf)
- 2 **Deutsche Welle (2019)**. G20 summit: World leaders agree on climate deal. Retrieved from <https://www.dw.com/en/g20-summit-world-leaders-agree-on-climate-deal/a-49408651>

